

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer



55. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 2. Juni 1917

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Verammlungs-, Vergütungsinserte usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 62

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Erweiterte Gauvorsteherkonferenz.

Gewerkschaftsrevue: Bewegungen zur Erzielung von Feuererzeugnissen. — Sicherstellung der Lohnzulagen durch Gesetz für die Friedenszeit. — Eingabe der Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit betreffend Maßnahmen der Arbeitslosenfürsorge nach Friedensschluß. — Zusammenarbeit der einzelnen Gewerkschaftsvereinigungen. — Wirtschaftsbund für das deutsche Baugewerbe. — Verzicht Spaltung der freien Gewerkschaften. — Verbandstag des Metallarbeiterverbandes. — Zwei Sonderorganisationen für Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigte. — Besuch der Probefabrikanten an den Bundesrat um Aufhebung des Nachbawerbes während der Kriegszeit. — Gründung eines parlamentarischen Fonds der Reichs-Bundlichen Gewerkschaften. — Internationale Gewerkschaftskonferenz in Stockholm.

Korrespondenzen: Anklam. — Bielefeld. — Essen. — Hannover. — Potsdam.

Rundschau: Von Buchdruckern im Kriege. — Zur Berichterstattung über die Einführung der neuen Feuererzeugnisse. — Die Buchdrucker als Schwere- und Schwerarbeiter. — Wirtschaftliche Lage der Papierfabrikation im Abschlussjahre 1915/16.

Erweiterte Gauvorsteherkonferenz

In der Woche vor Pfingsten, am 21., 22. und 23. Mai, waren in dem immer anziehungsfähiger werdenden Berlin wieder einmal die berufenen Vertreter der Kollegenschaft versammelt. Diese während des Krieges nun siebente Tagung zeigte sogar einen erweiterten Kreis von Teilnehmern; da auch diejenigen Gehilfenkreisvertreter, die nicht zugleich Gauvorsteher sind, eingeladen waren, ebenso die Gehilfenmitglieder des Tarifamtes und die Vorsitzenden der Zehntelkollektivkassen. Mit der Vertretung des Verbandsoffizianten und der „Korr.“-Redaktion ergab sich demgemäß eine Teilnehmerzahl von 46. Welche Veränderungen der lange Krieg in unsern Funktionskreise hervorgerufen hat, zeigte sich an der Entsendung von zwölf Stellvertretern. Die eingezogenen Gauvorsteher Dieka und Prögl sowie das Verbandsvorstandsmitglied Glaser hatten Begrüßungsschreiben zur Konferenz geschickt.

„Besprechung über die gewerbliche Lage und die tariflichen Verhältnisse“, lautete der erste, wichtigste und schwierigste Punkt der Tagesordnung. Daß dazu zwei Tage erforderlich wurden, mag etwas viel erscheinen. Indes, diese Zeit war unbedingt notwendig, um die aufgeworfenen und auf der Konferenz noch auftauchenden Fragen einigermaßen zur Klärung zu bringen. Gab die letztmalige Feuererzeugnissebewegung auch nicht die Veranlassung zur Einberufung dieser Konferenz, die vielmehr von der Verbandsleitung vorzeitiger angelehrt worden war, so schob sie sich doch ohne weiteres in den Mittelpunkt der Beratungen. Bestimmte Begleiterscheinungen bedingten das, nicht ihr Ausfall und Verlauf im allgemeinen.

Leider mußte der Verbandsvorsitzende seine einführenden Darlegungen zum ersten Tagesordnungspunkte wieder mit einer Solenklage beginnen: 5260 Kollegen waren bis Ende März d. J. als gefallen oder an Verwundungen gestorben gemeldet worden. In einem vergleichenden Maßstabe gesprochen, hätten wir schon den ganzen Gau Bayern durch den Krieg eingebüßt, denn mit 5265 Mitgliedern trat dieser Gau in die nun bald dreijährige Weltkatastrophe ein. Mag das riesenhafte Menschheitsunglück selbst feinfühlig Seelen bis zu einem gewissen Grade verärfelt haben, Feststellungen von solchem Komplex gehen doch an die Nieren. Mit dem Schmerz der Organisation um diese schweren Verluste verband der Verhandlungsleiter in bereicher Weise die Teilnahme für die Sinterlebenden. Still erhen die Verbands- und Tarifunktionen darauf die große, nur allzu große Gefahr der aus dem Leben und aus der Organisation Gerissenen.

Was Kollege Döblin tilsdam über die gegenwärtige Situation ausführte, hat wie immer viel des Bemerkenswerten. In unserm Gewerbe hätten sich durch die unendliche Dauer des Krieges die Dinge zunehmend kritischer gestaltet. Wenn nach Abzug der wieder Entlassenen und Beurlaubten sich zu Ende des ersten Vierteljahres 1917 rund 60 Proz. unser Mitglieder beim Militär befanden, so lasse sich denken, wie noch schwieriger inzwischen die Aufrechterhaltung der Betriebe geworden sei. Großen

Firmen wäre nun mitgeteilt worden, daß von einem bestimmten Zeitpunkt an Reklamationen so gut wie gar nicht mehr stattgegeben werde. Die Personale würden also noch weiter reduziert werden.

Döblin wandte sich dann der Feuererzeugnisseangelegenheit zu und rekapitulierte darüber mit interessanten Streiflichtern. In Kollegenkreisen urteilte man recht geringschäßig über das Wenige, was zu Anfang erreicht worden sei. Trotzdem wäre in recht vielen Fällen unterblieben, das vor einem Jahre Gewährte auch zu erhalten. In Goslar habe im Herbst v. J. die Gehilfenvertretung als allgemeine Prinzipalsaufstellung hören müssen, in der Gehilfenschaft sei gar nichts von Unzufriedenheit wahrzunehmen, die Führer brächen erst der Masse den Glauben bei, es müsse Unbefriedigung über die Verhältnisse gezeigt werden. In den Berliner Verammlungen jeht im Mai sei aber gesagt worden, die Kollegen könnten zur Verbandsleitung kein Vertrauen mehr haben, da sie nicht energisch genug die Interessen der Gehilfen wahrnehme und immer Abfindung mit den Verhältnissen fordere. Das sei ein solcher Widerspruch, wie er sich nur aus oberflächlicher Beurteilung ergebe. An der Oberfläche hätten aber auch Vergleiche, wie sie häufig beliebt werden. Wenn in Berlin aus einer Munitionsfabrik ein Teil des Personals vorgeht, was speziell bei den eigentlichen Facharbeitern keine seltene Erscheinung sei, und erziele dann bei dem Hilfsdienstauschub einen guten Erfolg, so würde das verallgemeinert und auch für unsre Verhältnisse als notwendig oder empfehlenswert erachtet. Bei uns sei jedoch ein völlig anderes Vorgehen geboten: Es müsse für das ganze Reich, für alle Betriebsgrößen eine allgemeine Verbesserung erreicht werden. Das verurteilte naturgemäß größere Schwierigkeiten, habe aber auch seinen Vorteil, indem das Ganze vorwärtsgebracht werde. Wenn sich bei uns Spezialarbeiter zu billig abspelsen lassen, wie es von Berlin aus großen Firmen behauptet werde, so könnte doch die Organisation dafür nicht verantwortlich gemacht werden. Zufällige wären vorbereitende Schritte, zu einer weiteren Erhöhung der Feuererzeugnisse zu gelangen, schon zu einem Zeitpunkt unternommen, als in der Gehilfenschaft dazu noch nicht oder nur erst ganz vereinzelt Stellung genommen war. Wenn das erste Zugeständnis der Prinzipalität mit einer gleichen, allgemeinen Erhöhung bei den Gehilfenmitgliedern des Tarifamtes keine Gegenliebe gefunden habe, weil es zu gering bemessen war, und von der Verbandsleitung dann paritätische Verhandlungen gefordert wurden, so wäre damit doch bewiesen, daß alles geschehen sei, zu einem möglichst befriedigenden Resultat zu gelangen. Der Verbandsvorstand habe im weitern sich nicht für besondere Abmachungen hinsichtlich der Tarifdauer in Verbindung mit der Gewährung höherer Feuererzeugnisse erklären können. Das dann jedoch bei den Leipziger Verhandlungen erzielte Ergebnis müsse unfreiesig ein bemerkenswerter Fortschritt genannt werden. Daß mit den neuen Richtlinien der herrschenden Feuerung beigekommen werden könne, werde niemand behaupten. Inzweifelhaft wäre aber den Kollegen nur weit besser gewesen. Wenn seitens einer größeren Anzahl von Personal freiwillige Zugeständnisse als nachahmenswerte Beispiele für andre Prinzipale im „Korr.“ Veröffentlichung gefunden hätten, obwohl dieselben gegen das nun allgemein Erzielte zum Teil zurückblieben, so könne man daran einen Maßstab finden für das jetzt Erreichte. In Wirklichkeit zeige die Aufnahme der Leipziger Beschlüsse in der Gehilfenschaft auch von Befriedigung. Die für das ganze Reich erzielte Verbesserung bringe die Kollegenschaft einen guten Schritt weiter, denn es sei eine durchgreifende Regelung erfolgt und die wöchentliche Bemessung und Auszahlung gäbe auch eine gewisse Sicherung für die Zukunft. Daß Berlin eine Ausnahme mache und hier die Nichtbefriedigung so groß sei, könne nicht den Gesamterfolg schmälern. Man habe in Berlin nicht die richtigen Wege eingeschlagen und sich auch in einer Weise festgelegt, die besonderen örtlichen Verhandlungen abträglich sein müßten. Für spezielle Berliner Wünsche hätte sich wohl die Möglichkeit einer Verständigung gegeben, wenn die Sache

anders angefaßt worden wäre. Man habe jedoch nicht einmal Verbindung mit der Verbandsleitung und dem Tarifamt gesucht, sei vielmehr eigenmächtig vorgegangen. Wie es dagegen bei der Berliner Prinzipalität aussehe, zeige der von der bekannten Freien Vereinigung ausgehende Protest gegen die Festsetzung der neuen Feuererzeugnisse. So sei eine unangenehme Situation entstanden, die durch das Hervordringen der Frage der Tarifrevision von seiten der Berliner Kollegen nicht gebessert werde. Wozu der Verbandsvorsitzende noch die Erinnerung auffrische, wie jene Prinzipalsvereinigung in verganginem Frühjahr sich einen Entwurf zur Tarifrevision zurechtgemacht hatte.

Demgegenüber vertrat der Berliner Gauvorsteher den Standpunkt, die eingeschlagenen Wege ergäben sich aus den besonderen Verhältnissen in der Reichshauptstadt. Die Grobfirmen hätten einen förmlichen Konzern gebildet, um die Löhne niedrig zu halten. Es sei während des Krieges den ständig Beschäftigten außer den Feuererzeugnissen fast nichts an Aufbesserung zuteil geworden. Die kleinen und mittleren Geschäfte bezahlten weit besser. Die Berliner Prinzipalität habe sich noch niemals so zugeknöpft gezeigt wie diesmal; sonst wäre man immer etwas über die allgemeinen Festsetzungen hinausgegangen. Die Arbeitsweise in Berlin mache das jetzt erst recht notwendig. Man sei in Berlin nicht gegen die Leipziger Vereinbarungen und erkenne den im allgemeinen erreichten Fortschritt an. Da aber auch die neuen Richtlinien nur Mindestsätze seien, so könne es keiner Kollegenschaft verwehrt werden, wenn sie öftlich mehr herauszufahren befreit sei. Zu diesem Zwecke würden sie die Hilfe der Behörden in Anspruch nehmen. In den Berliner Verammlungen habe er stets betont, der Boden des Tarifs dürfe nicht verlassen werden, auch die Annahme schärferer Resolutionen wie vorläufige Schritte habe er verhindert. Die Allgemeinheit müsse jedoch mehr Rücksicht auf die eigenartigen Berliner Verhältnisse nehmen; die Berliner Prinzipalität gehe doch auch weiter als anderswo, indem sie besondere Beschlüsse über den Umfang der einzustellenden Ersatzkräfte fasse. Die Berliner Gehilfenschaft halte aus allen diesen Gründen die baldige Bormahme einer Tarifrevision für unabweisbar. Von der Verbandsleitung, dem Tarifamt und dem „Korr.“ müsse verlangt werden, daß sie als Zentralstellen den Erfordernissen für die Berliner Gehilfen mehr Rechnung fragen.

Die hierauf folgende Diskussion wies so allgemeine Beteiligung auf, wie es in ähnlichen Fällen — mit Berlin fand ja bedauerlicherweise nicht die erste derartige Auseinandersetzung statt — noch niemals dagewesen war. Die Ausprache gestaltete sich recht umfangreich. Auch bei Nichtvorhandensein gewichtiger faktischer Gründe würde sich eine volle öffentliche Wiedergabe nicht ermöglichen lassen. So aber muß der mündlichen Berichterstattung manches vorbehalten bleiben. Es trafen im ganzen zwanzig Redner auf, ein Teil davon wiederholt, die mit mehr oder weniger großer Entscheidung sich gegen die Art und Weise des Berliner Vorgehens diesmal wandten, wobei sie fast sämtlich die Feuererzeugnisseangelegenheit im allgemeinen und tarifliche Fragen in den Kreis ihrer Betrachtungen einbezogen. Sechs Redner, darunter einer von auswärts, verteidigten den Berliner Standpunkt. Es muß anerkannt werden, daß das Für und Wider sachlich und kollegial erwoogen wurde, wenn es auch nicht ohne Denkschwächen abging. Ein einziges Mal kam es zu einem schlechten, persönlichen Tone, mit dem der Berliner Sache fürwahr nicht genügt worden ist, wie aus den lebhaften Protesten unzweifelhaft zu schließen war. Aber die nicht das Wort ergreifenden Konferenzteilnehmer war niemand im Zweifel, wohin ihr Urteil ging. Die Zahl der 31 Wortmeldungen gegen Berlin wäre durch sie nur noch beträchtlich größer geworden.

Im allgemeinen gipfelten die Ausführungen dahin: Mit der diesmaligen Regelung der Feuererzeugnisse könne man zufrieden sein, denn die Leipziger Vereinbarungen kämen einer Tarifrevision gleich durch ihre gegenläufige Festsetzung. Wenn auch mit den neuen Richtlinien gegen

das Maß der Steuerung noch ein erheblicher Abstand verbleibe, so müsse eben bedacht werden, daß ein wirklicher Ausgleich überhaupt nicht erreichbar wäre. Ein Redner meinte ganz offen, niemand in diesem Saale würde wohl vorher geglaubt haben, daß solche Sätze herausgeholt werden würden. Es sei daher nicht zu verwundern, daß die an seinem Orte zur Munitionindustrie übergegangen Kollegen wieder zurückgeholt wären zum Besuche, der geregelten Arbeitsverhältnisse halber. Von einem andern Redner wurde festgestellt, daß durch die jetzige Steuerungsulagenenerhöhung das tarifliche Minimum eine Steigerung von durchschnittlich 27 Proz. erfahren habe. Die Erhöhungen der Steuerungsulagen gehen im einzelnen bis zu 126,6 Proz. gegen die Sätze vom Oktober 1916 herauf. Es wurde einigemal auch die Nichtbefriedigung der Höherenlohnarten erwähnt, die, obwohl es keine Begrenzung der Steuerungsulagen für höhere Löhne mehr gibt, dennoch hier und da zu kurz gekommen seien. Das wurde manchmal auch auf einen Schatzzug der Prinzipale zurückgeführt. Im übrigen konnte jedoch nur darauf verwiesen werden, daß die Sätze lediglich Mindestsätze seien und der Weg, Lohnzulagen zu erreichen, ausdrücklich in den Ausführungsbestimmungen offen gelassen sei. Wenn die Maschinenfeger jedoch ihr Minimum zur Grundlage genommen wissen wollten, so wäre das falsch; es könne lediglich vom tariflichen Grundlohn ausgegangen werden. Indem die Höherenlohnarten sich jetzt schon zurückgelehnt hätten und gegen die Staffeln Widerstreben herrsche, so würde das nur schlimmer werden, wenn für die Maschinenfeger noch eine besondere Staffel geschaffen würde. Es müsse genügen, daß nunmehr auch die Höherenlohnarten und alle Maschinenfeger von den Steuerungsulagen erfasst werden sollen. Die Bezahlung der weiblichen Erfahrkräfte, die noch immer ein Stiefkind des Lohnes für viele Prinzipale ist — die nachträglich im Steindruckgewerbe geschaffene gute gemeinsame Regelung scheint von der andern Seite absehlich übersehen zu werden —, wie noch eine Reihe anderer, zum Teil bedeutsamer tariflicher Punkte hätte noch erwähnt werden unter den Ausführungen, die sich nicht speziell mit Berlin beschäftigen.

Was zur Verteidigung des Berliner Standpunktes angeführt wurde — außer den schon behandelten Massnahmen Darlegungen —, läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: Die Entstehungsgeschichte der diesmaligen Steuerungsulagenaktion fand ebenfalls Rekapitulation und die Mitarbeit der Gehilfenmitglieder des Tarifamts dabei hervorzuheben. Wenn auch aus dem Reich die Zustimmung zu den Vereinbarungen sich mehrten, so könnten die Berliner Kollegen mit ihren besonderen Verhältnissen (Calwers hohe Indeziffer, Wegschlappen aller noch aufreibbaren Lebensmittel über die Rationen hinaus durch die zu jeder Preiszahlung fähigen vielen Rüstungsarbeiter) sich der Anerkennung über den im allgemeinen ja erzielten Fortschritt nicht anschließen. Von den größten Firmen wurde mitgeteilt, in welchem beträchtlichen Umfange noch niedrige Löhne gezahlt werden. Es sei eine Verabredung getroffen, nicht mehr Lohn zu gewähren, sondern nur durch die Steuerungsulagenenerhöhung erhalten hätten. Nun müsse wohl unter den Berliner Prinzipalen eine Verständigung herbeigeführt worden sein, nicht über die Richtlinien hinauszugehen. Die Verständigung wäre dadurch sehr erschwert. Da aber die Leipziger Beischlüsse nur Mindestsätze darstellen, so könne und müsse versucht werden, für Berlin mehr herauszuschlagen. Bei den Verhandlungen in Leipzig konnte davon nicht schon die Rede sein, weil dort nur die zentrale Regelung Aufgabe war. Es wurde auch viel und scharfe Kritik geübt über das Zusammenarbeiten im Tarifamt, mit dem Verbandsvorstand und nicht zuletzt über die Haltung des „Korr.“ bei der jüngsten Aktion gegenüber den Berliner Kollegen; wodurch die dortigen Prinzipale erst in ihrem Widerstande bekräftigt worden seien. Die Veröffentlichung bestimmter Artikel in dieser Frage müsse direkt verurteilt werden.

Gegen das Berliner Vorgehen wurde im speziellen eingewendet: Man verarge es den Berliner Kollegen keineswegs, wenn sie mit ihren Prinzipalen nochmals über örtliche Zugeständnisse verhandeln wollten; sie dürften sich jedoch in ihrer Gesamtheit nicht außerhalb des Rahmens des Ganzen stellen. Für die Beteiligung von Mißständen oder eine andre Regelung der Zulagen für Höherenlohnarten zeige sich wohl Verständnis, und es wurde gewünscht, daß darüber zwischen beiden Seiten eine Aussprache stattfinden möge. Aber es könne einem einzelnen Orte nicht gestattet werden, daß er in direktem Anschluß an eine zentrale Regelung der Lohnverhältnisse mit einer besonderen und weitgehenden Aktion hervortrete, da hierdurch ein bedenkliches Beispiel gegeben werde. Zumal im vergangenen Jahre örtliche Prinzipalvereine schon diesen Weg beschritten hätten. Ein klares Bild über die von den Berliner Vertretern zur Sprache gebrachten Mißstände ließ sich absolut nicht gewinnen, was die Sache erschwerte. Wie vom Tarifamt jetzt bei den Prinzipalen und den Gehilfen auf-

genommene Lohnstaffeln — deren prompte Erledigung bei dieser Gelegenheit noch einmal als große Notwendigkeit betont sein mag — wird wohl auch in dieser Beziehung Aufhellung bringen. Die so viel hervorgehobenen besonderen Berliner Verhältnisse vermochten die Konferenz nicht zu überzeugen. Fast alle Redner legten dar, daß auch an ihren Orten Selbstkritik dazu vorhanden sind. Die mittleren und kleinen Druckereien bezahlten anderwärts überwiegend ebenfalls besser; das Erlangen oder Erhalten von Arbeitskräften ließe für diese Firmen eben weit schwieriger als für große. Die von den Berlinern immer zu hörende Berufung auf die Calwerischen Lebensmittelstaffeln erfuhren eine ganz frappierende Beleuchtung durch Anführung der Tatsache, daß 64 Orte eine höhere Indeziffer aufweisen als Berlin, und zwar ebenfalls nach Calwer. Wenn in gewisser Beziehung die Verhältnisse in der Reichshauptstadt auch eigenartige seien, so wirkte der Umstand bis zu 23 Mi. wöchentlich schlimmerer Steuerung doch nicht im Sinne der von den Berliner Kollegen aufgestellten Behauptungen. Dabei kämen (nach dem Friedensstande) 15000 Gehilfen in diesen feuerer Orten in Betracht. Die Lohnzuschlagsfrage, wie mehrfach schon betont war, bilde also einen begründeten Anlaß zur Unzufriedenheit und bedürfe der notwendig gewordenen Abänderung. Mit dem Weghampfen der Lebensmittel durch die in der Rüstungsindustrie Beschäftigten ließe es in andern Städten ebenso schlimm; man habe schließlich, prozentual gerechnet, anderswo noch mehr Munitionsarbeiter. Die Prinzipale anderwärts seien keineswegs lauter Engel. Was im einzelnen vorgebracht wurde über besondere Umwelungen von Prinzipalvorständen, zeige ebenfalls, daß man nicht nur in Berlin Anlaß zu Beschwerden habe. Wenn z. B. ein Prinzipalvorsitzender, der nachgerade eine Verühmtigkeit geworden ist in kleinsten Gegen- oder Sondermaßnahmen, durch ein Zirkular anordnete, die Lehrlinge sollten keine weiteren Steuerungsulagen erhalten und die bis jetzt geleisteten freiwilligen Beiträge zu den gesetzlichen Versicherungsstellen können nun in Fortfall kommen, so fordere das gewiß die Kritik heraus. Auch die unzulässige Forderung der ersten Maiwoche, die hier und da vorgekommen ist, fand Verurteilung, denn es sei ausdrücklich vorsehlich, daß am ersten Jahrlag im Mai der erste volle wöchentliche Satz der Steuerungsulagen gezahlt werden müsse. Da an einigen Orten vor den Leipziger Verhandlungen örtliche Vereinbarungen zustande gekommen sind, so würde den Berliner Kollegen auch damit gezeigt, wie es anders und besser gemacht werden kann. Es sei aber unklug, vorher durch laute öffentliche Demonstrationen die Prinzipale einer Verständigung über örtliche Wünsche abgeneigt zu machen, wie bei den Kollegen Hoffnungen zu erwecken, die sich schwerlich verwirklichen lassen könnten. Eine ruhige, sachgemäße Aufklärung der Kollegen, wie sie in anderer Großstädte erfolgte, wäre korrekter und nützlicher gewesen. Dabei bekam man auch Einblicke in die letzten Berliner Verhandlungen, die manches erklärlich machten, wenn auch nicht in glänzendem Sinne. Daß die Berliner Vertretung bei den Leipziger Verhandlungen in keiner Weise von besonderen Wünschen etwas zu erkennen gab, fand schwere Mißbilligung. Nicht einmal in der Vorbesprechung der Gehilfenvertreter in Leipzig erfolgte darüber eine Andeutung. Die behauptete niedrige Entlohnung in den Berliner Großdruckereien wurde als kein gutes Zeichen für die Berliner Kollegenchaft aufgefaßt.

Die vorgebrachten Klagen über die Zusammenarbeit mit den Zentralstellen gelangt Beispiele von Oberfachlichkeit, die erkennen machen konnten. Hier kamen besonders in Betracht der Geschäftsführer des Tarifamts und der „Korr.“. Auf die einfache Weise klärten sich die Anklagepunkte auf. Mit Bedauern vernahm die Konferenz, in welcher Weise gegen den Kollegen Schliebs operiert worden ist, und empfand Genugtuung darüber, daß dieser mit den gegen ihn erhobenen Anklagen gründlich aufräumen konnte. Es verstärkte sich dadurch der Eindruck, daß die notwendige Harmonie vor allem deshalb fehle, weil bei den Beschwerdeführern der Berliner Standpunkt zu sehr hervorritt. Hierbei fand auch Anführung, wie sich einzelne Tariffunktionäre bei den jüngsten Berliner Verhandlungen engagiert haben, anstatt mit ihrer besseren Kenntnis der Dinge aufklärend zu wirken. Der Redaktionsvertreter konnte sogar feststellen, daß man in der ersten Verhandlung schon über den „Korr.“ den Stab gebrochen habe, wo dieser erst am Tage danach bzw. vier Tage später dergleichen hätte bringen können. Was in Wirklichkeit im „Korr.“ gesagt worden sei, wäre genau das in der Konferenz zum Ausdruck gelangte Urteil gewesen. Die Veröffentlichung zweier anderer Artikel rechtsfertige sich durchaus. Für die Redaktion könnte und werde nur in Betracht kommen, was für die Allgemeinheit der Gehilfenchaft von Nutzen wäre; aus dem Rahmen des Ganzen freudige örtliche Aktionen würden niemals im „Korr.“ einen Stichpunkt finden. Als ein erfreuliches Moment verdient die Haltung der Mitglieder des Verbandsvorstandes Erwähnung. Da zeigte sich kein Annelgen zu dem besonderen Berliner Standpunkte.

Die Mißbilligung des Berliner Vorgehens war also offenkundig. Man sagte es auch unumwunden heraus,

daß die Gauvorsteher von örtlichen Verwicklungen, wie sie Berlin schon so oft geübt habe, endlich einmal genug hätten. Es fehlte ferner nicht an geschichtlichen Reminiscenzen für Berlin, die bei solchen Vorkommnissen wieder Bedeutung erhalten. Soweit es die Wahrung der allgemeinen Interessen zuließ, ließ die Konferenz es trotzdem nicht an Entgegenkommen mangeln. Man empfahl daher der Berliner Kollegenchaft als gangbaren Weg, sich unter Ausschließung anderer Schritte und Stellen mit den Prinzipalen zu verständigen. Die Mißhilfe der Zentralinstanzen sollte nicht fehlen, um berechtigten und erfüllbaren Wünschen noch Genüge zu verschaffen. Die Berliner Vertretung ließ darauf erklären, über die Aussprache sowie Stellungnahme der Konferenz im Gauvorstande zu berichten und den Verbandsvorstand dann in Kenntnis zu setzen, wie die Situation nun aufgefaßt werde.

Im der kurzen weiteren Aussprache über die Steuerungsulagenangelegenheit wurde, ebenso wie in der vorausgegangenen großen Debatte schon mehrfach berührt, auch die Frage einer eventuellen weiteren Verlängerung der Tarifdauer erörtert. Dabei kamen verschiedene Märsen zur Anführung, die sich zum Schaden der Gehilfenchaft durch die Verlängerung des Tarifs ergeben haben. Eine endgültige Entscheidung über diesen Punkt wurde jedoch abhängig gemacht von dem Resultat deswegen zu pflegenden Verhandlungen des Verbandsvorstandes mit der Prinzipalseite. Die Möglichkeit einer Unterstellung der tariflichen Arbeitsnachweise unter das Hilfsdienstgesetz fand bei den tariflichen Angelegenheiten noch Erwähnung. Wie diese in drei Gauen bereits getroffene Änderung jedoch erkennen läßt, ist für diese unsere tariflichen Einrichtungen dabei nichts zu befürchten.

Am dritten Tage wurde zunächst der zweite Punkt: „Stellungnahme zur Abhaltung der nächsten Generalversammlung“, schnell erledigt. Berlin zog nach der zweitägigen Aussprache seinen Antrag auf beschleunigte Abhaltung der fälligen Generalversammlung zurück. Es bleibt somit bei der Absicht, bald nach Kriegsschluss das Verbandsparlament einzuberufen.

Punkt 3: „Beschwerden“. Eine große und bunte Fülle aller möglichen Fragen; immer neue, durch den Krieg hervorgerufene Schwierigkeiten. Unter merklicher Spannung ging es um die Arbeit. Es wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die weiblichen Erfahrkräfte nun in größerem Maße ihre Ausbildungszeit beendigen. Man sei zu der Entdeckung gekommen, daß von Prinzipalen unzulässige Bestimmungen in die Lehrverträge aufgenommen seien. Daß die weiblichen Personen in Fällen, wo sie in den ihnen zustehenden Rechten geschmäht werden sollten, sich schon ratlosend an die Gehilfenfunktionäre gewandt haben, könne nur begrüßt werden. Diese tarifliche Auskunftserteilung wäre ein gutes Mittel, Abgriffen von Prinzipalen hinsichtlich der Bezahlung zu wehren. Die Zusammenarbeit mit den Erfahrkraften habe sich auch von Gehilfenseite in korrekter, vor Kleinlichkeiten freier Weise zu vollziehen. Die Angelegenheit der Kriegsbeschädigten hatte diesmal gleich mehrere Abteilungen aufzuweisen. Die ungenaue Ausfüllung der Formulare für die vom Seer entlassenen Mitglieder ist ein je länger desto mehr sich vergrößernder Schmerz für den Verbandsvorstand. Es müßte wohl am besten in einem besonderen Vorstandszirkular alle die Momente zusammengefaßt werden, die man auf der Konferenz so anschaulich vorgebracht hätte. Dann würde erklärt, daß der Grundsatz, wer als Buchdrucker zu uns gehöre, solle auch als Kriegsbeschädigter in den Beruf zurück, wenn es der körperliche Zustand nur einigermaßen gestalte, nicht die Folge habe können, daß unter allen Umständen ein wirklich geeigneter Berufsfremder unserer Gewerbe ferngehalten werden müsse. In einem Berliner Falle, wo ein ungewöhnlich begabter, schon vier Jahre in einer Großdruckerei beschäftigt gewesener Hilfsarbeiter, dessen Kriegsbeschädigung seine frühere Tätigkeit ausschließt, von den Nachrichtenleuten abgelehnt wurde, obwohl er in einer Seemannsschule bereits angeerbt war, ließ sich demonstrieren, daß ein solcher Standpunkt eine Überspannung ist. Den Buchdruckern, die doch auch anderwärts Kriegsbeschädigte unterbringen müßten, würde damit nicht gedient. Die Konferenz vermochte also dieses Verhalten nicht zu billigen. Eine andre Seite der Kriegsbeschädigtenfürsorge kam insofern sehr ergebnislos zur Sprache, als verlangt wurde, daß für die zur vollen Verbandsmitgliedschaft infolge der erlittenen Verletzungen nicht mehr zusammenfassenden Kollegen ein Ausweg geschaffen werden müsse, indem man von ihnen nur einen Beitrag für rein gewerkschaftliche Zwecke erhebt, damit diese bedeutsamen Berufsangehörigen nach vielleicht langer Verbandszugehörigkeit nicht organisatorisch vollständig in der Luft hängen; sie trügen doch obendrein keinerlei Schuld, daß sie nicht mehr vollwertige Arbeitskräfte seien. Man einigte sich dahin, bis zur nächsten Konferenz eine Übersicht aufzustellen, wieviel Mitglieder hier in Betracht kommen könnten. Dann solle das Weitere in die Wege geleitet werden. Inzwischen werde diese Angelegenheit lokal gehandhabt werden.

Zwei Punkte von prinzipieller Bedeutung folgten. Zunächst Aussprache über eventuelle Unterfertigung bei Verweigerung des Abhehrschleins. Es hat sich in der Zwischengeit

herausgestellt, daß die Hilfsdienstauschüsse nach § 9 nicht so verschwendisch mit der Erteilung des Abwehrscheins verfahren, wie die Ansicht nach der Vorstellung vieler Kollegen besteht. Zweifelhafte Beispiele von Härte waren nachweisbar; den betreffenden Kollegen blieb nichts übrig, als ohne Abwehrschein auszuweichen und 14 Tage auf ihre Kosten auszuweichen, um dann eine andre Stelle anzutreten. Die Meinung ging dahin überein, daß in erwiesenen Fällen von unberechtigter Ablehnung des Abwehrscheins die Organisation Unterstützung zahlen könne. Das dürfte aber nur nach eingehender Prüfung des Falles zu entscheiden sein; jede Verallgemeinerung müßte ausgeschlossen sein. In der andern Sache handelte es sich um die Anregung, unsern Invaliden einen Teuerungszuschuß zu gewähren in Anbetracht ihrer schwierigen Lage. Es fand sich jedoch kein Befürworter. Vielmehr wurde von den hierzu sprechenden Rednern eindringlich vor diesem Schritte gewarnt. Am meisten wirkte wohl die Mitteilung des Verbandskassierers über die während des Krieges für den Invalidenzweig zu leistenden erheblichen Zuschüsse. Was vor dem Anberühnen erfolgt wurde, müßte jetzt ausgeführt werden. Es sei ganz enorm, was für die 20 Pf. Beitrag zur Invalidenunterstützung geleistet werden müßte. Das Reich mit seinen höheren Beiträgen und niedrigeren Unterstützungen könne gar nicht auf dieser unserer Unterstützungs-einrichtung in Vergleich gestellt werden. Aberdies wären in der ersten Kriegszeit die Invaliden die einzigen gewesen, deren Unterstützung nicht verhärtet worden wäre.

Eine angenehme Überraschung war es hingegen, als der Vorstand aus eigenem Antriebe die Bewilligung von nochmaligen 21000 Mk. aus dem Verbandskasse aus sprach, mit welcher Summe (3 Mk. Kopfbetrag der am 1. Juli 1914 vorhanden gewesenen Mitglieder) die Gau bzw. Mitgliedschaften alle außergewöhnlichen Kriegseinstellungen bestreiten, in erster Linie aber die Familienunterstützung wettgerewahren sollen. Die Verbandskasse frug somit zu diesem freiwilligen Unterstützungs zweck 1380579 Mk. bei. Kollege Eisler gemahnte bei dieser Gelegenheit, auch hier an die Abgangswirtschaft zum Frieden zu denken. Er wies ganz ertauuliche Unterschiede nach; die höchste Leistung eines Gaus betrage 129 Mk. pro Kopf, die niedrigste nur etwas über 30 Mk. Diese beiden Pole zeugen entschieden von einem Zuviel und einem Zuwenig. Den Angefallen im Vorstand und im „Korr.“ wurden hierauf die Teuerungszulagen erhöht. Gleichfalls aus der Mitte der Konferenz ward aber auch einer besseren Regelung der Teuerungszulagen für die Gau angefallen das Wort geredet. Nach einer vorgetragenen Zeitstafel wird in einem Gau überhaupt noch nichts gewährt, die Teuerungszulagen beginnen alsdann mit 10 Mk. monatlich. Es müßte ein Mindestmaß gewährt werden, der wenigstens den jetzigen Bewilligungen für die Kollegen gleichkomme. Ganz freimüthig wurde gesagt, man wäre froh, wenn sich dieser Standpunkt in den maßgebenden Kollegentkreisen durchsetze. Jeht müßten infolge der Einberufungen von andern Funktionären die Angefallen abends länger und Sonntags mehr tätig sein und stellen sich schließlich materiell schlechter als diejenigen, deren Interessenwahrnehmung ihre Hauptaufgabe sei. Wir möchten die hier ausgesprochenen Erwartungen kräftig unterstreichen weitergeben!

Ein größeres Moment bilden noch Betrachtungen über die durch den Krieg für die Gewerkschaften eingetretenen veränderten Verhältnisse. Vergewogen wird man sich die den Münchener Gewerkschaftskongreß 1914 beherrschende Stimmung, so ergebe sich ein unverkennbarer Fortschritt. Die parteipolitische Abspaltung lasse nun diese günstige Situation nicht ruhen. An den Reden auf dem Gründungskongreß der sogenannten unabhängigen Sozialdemokratie in Göttingen 1917 habe sich klar gezeigt, daß die Wortführer des Radikalismus auch in den Gewerkschaften alles dicker und drunter heben möchten. Mit dem Hilfsdienstgesetz habe der Spektakel angefangen. Bemerkenswert sei, daß damit gerade bei den Metallarbeitern Eindruck gemacht wäre, die ausgerechnet den größten Vorteil aus diesem Gesetze gegenüber ihrem scharfmacherischen Unternehmertum haben. Es wurde mancher interessante Zug zu diesen Treibern beigetragen. Wenn auch unsere Kollegen auf Grund genügender Erfahrungen mit solchen Abspaltungen den politischen Streit mit größter Reserve betrachten, so müßte doch auf die Jugendbewegung mehr geachtet werden; hier könnten Einleseversuche unternommen werden, wie es ja der nochmals aufgerollte Fall Braunschweig ebenfalls zeige. Unter allen Umständen müßte einer Übertragung der Streitigkeiten in die Versammlungen gewehrt werden, der § 1 unseres Statuts beste dazu schon eine genügende Handhabe.

Als eine zunehmende Schwierigkeit fand die Abfertigung von Seite und Handfälscher noch Erwähnung. Es soll darüber im Tarifsamt gesprochen werden. Es wurde weiter erlucht, über die Erfahrungen mit der Sommerzeit Feststellungen zu machen und an den Vorstandsvorstand gelangen zu lassen, damit einer Umfrage der Generalkommission genügt werden könne.

Das Schlusswort des Vorstandsvorsitzenden verweilte naturgemäß länger bei den Ereignissen der ersten zwei

Verhandlungstage. Es sehe zu hoffen, daß nun auch eine Klärung für Berlin eingetreten sei, wie dennoch etwas erreicht werden könne. Man sollte nicht zuvor alles mobil machen, sondern vorher die notwendige Fühlung mit den Verbandsinstanzen suchen. Der Kollegenchaft die richtige Aufklärung zu verschaffen, sei viel wichtiger, als ihr die größten Verprechungen zu geben. Was die Gehilfenchaft jetzt erreicht habe, sei wirklich nicht so unbedeutend; das könne getrost überall erklärt werden. Die Beratungen hätten sonst noch eine große Materialanhäufung gezeigt. Nun seien wieder Handhaben zur Vereinheitlichung des Sandelns gegeben.

Den Wunsch, der nun schon zum siebenten Male bei Abschluß solcher Konferenzen ausgesprochen wurde vom Kollegen Böblin, zu besserer Zeit uns das nächste Mal aufzusammeln, werden die diesmaligen Konferenzteilnehmer wohl wie noch nie mitempfunden haben, denn was ein jeder an Ernährungsschwierigkeiten während der kritischen Berliner Tage und an Reisebeschwerden durchzumachen hatte, war auch für die Macht der Gewohnheit etwas viel. Eine Generalversammlung muß man schon dieser Verhältnisse wegen für unmöglich halten.

Die etwas späte Veröffentlichung dieses Konferenzartikels erfolgt in Berücksichtigung der in Berlin noch zu unternehmenden Schritte. Zwischen Erscheinen der letzten und dieser Nummer hat eine Ausprache mit der Prinzipalsverwaltung stattgefunden, dem sich andern Tags eine Mitgliederversammlung unsrer Berliner Vereins anschloß. Da die Stellungnahme der erweiterten Gauvorsteherkonferenz zu den Berliner Vorgängen in keiner Weise auf diese beiden örtlichen Entscheidungen einen Einfluß ausüben sollte, so wurde das, was über die Mailkonferenz unumgänglich der Gesamtkollegenchaft gesagt werden muß, um zwei Nummern hinausgeschoben.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Anklam. Die Einführung der neuen Teuerungszulagen gling einschließlich der Nachzahlung für April mit dem ersten Zahlung im Mai hier glatt vor sich.

yr. Hefeloh. In der am 19. Mai abgehaltenen Mitgliederversammlung gab der Vorsitzende Böschter Kenntnis von dem erfolgten Ableben von vier Kollegen, welche der Krieg wieder von uns gefordert habe, ebenso von dem Tod unsres beliebten Gauverwalters Ewald Müller. Die Versammlung ehrte das Andenken der Verstorbenen mit „Hilflos“, „Nach“, Begrüßungsworten an unsern Gauvorsteher „Abrecht“ habe an selbigen. Kollegen als „Mittel“ und „Hilfsaus“ und die Bielefelder Mitglieder teilte der Vorsitzende mit, daß wiederum ein selbiger Kollege 5 Mk. zu Unterstützungs zweckem gesandt habe. Er wies noch besonders darauf hin, daß die ausgestellten Fragebogen des Tarifsamts sehr genau ausgefüllt und pünktlich einzuwenden seien und machte Mitteilung von einer Eingabe des Vorstandes an den hiesigen Magistrat um Anerkennung der Buchdrucker als Schwerarbeiter. Leider sei das Gesuch abgewiesen, nur Stereotypisten und Maschinenleger in Setzungs betriebe sollen die Schwerarbeiterzulage erhalten. Dem Kassierer Weeking wurde für prompte Kassenführung einmündig Entlastung erteilt. Wegen Reisen wurde ein Mitglied ausgeschloffen. Nach Bekanntgabe von 14 Ausnahme gesuchten Neuausgelernten, die alle Befürwortung fanden, erhielt unser Gauvorsteher Albrecht (Köln) das Wort zu seinem Vortrage: „Das Gebot der Stunde für unsre jungen Kollegen“. In sehr interessanten Ausführungen gab Redner ein Bild von dem Wirken unsres Verbandes, schilderte die Aufgaben einer Organisation und wies nach, wie gerade in der Kriegszeit unser Verband Außerordentliches geleistet habe. Nicht der jungen Kollegen sei es, lebhafte Anteil zu nehmen an allen gewerkschaftlichen Arbeiten; jeder müsse auf seine Weiterbildung bedacht sein. Auf den Tarif besonders hinweisend, empfahl er eifriges Studium dieses Gesetzbuches und des „Korr.“. Lebhafter Beifall wurde ihm gezollt. Die Teuerungszulagen sind nach den Berichten der einzelnen Vertrauensleute glatt durchgeführt. In der Versammlung kam zum Ausdruck, daß die Zulagen in keinem Verhältnisse stehen zu der enormen Teuerung. Anerkannt wurde die Schnelligkeit, mit welcher sie tarifliches Recht erlangt hätten. Da die Säge Metallstücke seien, müßten die Gehilfen dort, wo die Firmen dazu in der Lage seien, mehr fordern. Nunmehr fand die Ehrung unsrer diesjährigen Verbands-jubilare statt: die Kollegen Hünlich (50-jährig), B. Beckmann (40-jährig), Brinkmann, Lücke und Mahant (je 25-jährig Mitgliedschaft). Kollege Albrecht überbrachte die Glückwünsche des Verbandes und des Gauverbandes, überreichte die Geschenke und kassierte den Jubilaren den Dank ab für ihre Treue zum Verbands, während der Vorsitzende die Glückwünsche des Bezirkes und Ortsvereins überbrachte, jedem wünschend, noch recht lange für unsre Sache wirken zu können. Mit der Verlesung der eingegangenen Freigruße und Glückwünsche an die Jubilare fand die Versammlung ihr Ende.

Essen. Die Ortsvereinsversammlung am 12. Mai war nur schwach besucht. In ehrenden Worten gedachte zu Eingang derselben der Vorsitzende der unlängst verstorbenen Kollegen: Gauverwalter Ewald Müller, Theodor Siepmann sowie Karl Kanter (Köln) [früher dem Essener Vorstand angehörig] und unsrer letzten Kriegssopfer Schützendorf, Birks und Brändler, deren Andenken die

Versammlung in der üblichen Weise ehrte. Bemerkenswert ist, daß zur Zeit hier am Ort ein arbeitsloser Maschinenleger (Kriegsbeschädigter) ist, dem auf Anfrage in den sonst über so starken Personalmangel klagen den Setzungs betriebe bedacht wurde, daß zur Zeit „nichts frei ist“, währenddem dieselben Prinzipale das Tarifsamt beständig um Bewilligung der Beschäftigung von weiblichen Personen angehen. Die nötigen Schritte gegen diesen unhaltbaren Zustand sind eingeleitet und werden hoffentlich bald zum Ziele führen. Ein verspätet eingegangenes Schreiben unsres im Felde stehenden Vorsitzenden zum Ortsvereinsbüro sowie mehrere Glückwünsche unsrer Geldbraten wurden bekanntgegeben. Aufgenommen wurden zwölf meist neuausgelernte Kollegen. Ein Ausschlußantrag aus voriger Versammlung wegen Restierens konnte zurückgezogen werden, da der Kollege seinen Verpflichtungen in zwischen nachgekommen ist. Die Befragung über die neuen Teuerungszulagen leistete der Vorsitzende mit einigen Ausführungen ein, worin er darlegte, daß, trotzdem dieselben in etwas besserem Ausmaße wie bisher erfolgt seien, selbige doch nicht ausreichen, die Verteuerung aller Lebensbedürfnisse, die präzenzial kaum auszubringen sei, nur in etwas zu begegnen. Wir betrachteten dieselben nur als einen Schritt vorwärts auf dem Lohngebiet. Erreicht sei es, daß dieselben unserseits ohne Zugeständnisse erreicht seien. Die Versammlung befaßte sich nur mit Unklarheiten in der Anrechnungswelle auf die früher bewilligten Zulagen. Es konnte festgestellt werden, daß die neue Zulage in allen namhaften Druckerellen voll zur Einführung gekommen ist. Wegen der zeitigen Polizeistunde konnte dieser Punkt nicht zu Ende geführt werden. Die übrige Tagesordnung wurde auf die nächste Versammlung verschoben.

Hannover (Land). Die am 13. Mai in Hannover abgehaltene Bezirksversammlung war von 23 Kollegen aus 8 Druckorten besucht. Der Vorsitzende Sabit (Hannover) ehrte vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken der im verfloßenen Jahre für das Vaterland gefallenen 12 Kollegen. Vorstandswort sowie Kassenbericht wurden von der Versammlung gutgeheißen und dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Aus den Berichten der Vertrauensmänner aus den einzelnen Bezirken sind zu entnehmen, daß in den meisten Orten gute, geordnete Zustände herrschen, jedoch Celle, Kameln und Mittel viel zu wünschen übrig lassen. Die neue Teuerungszulage wurde überall, bis auf Celle, wo die Kollegen, wie sie erklärten, wegen Ausbleibens der Nr. 51 des „Korr.“ nicht unterrichtet waren, glatt zur Durchführung gebracht. (Wenn durch ein Versehen der Post jene Nummer in Celle ausblieb, so muß doch die „Zeitschrift“ hinge kommen sein, woraus die Prinzipale das Mittheilung erlangten. Neb.) Die Celler Kollegen versprachen, das Verfümte nachzuholen. Sodann sprach Kassierer Ehrhardt (Hannover) über: „Das Hilfsdienstgesetz“. Wegen vorgeschrittener Zeit kürzte Redner seinen imfangereichen, interessanten Vortrag und erwähnte eingangs die Gründe, die zum Erlasse des Hilfsdienstgesetzes geführt hätten. Das weitere würde die Versammlung mit den wichtigsten einschneidenden Bestimmungen vertraut gemacht. Von einer Neuwahl des Vorstandes wurde Abstand genommen. Die ankommenden Kollegen für das laufende Jahr wieder mit der Führung des Bezirkes beauftragt. Als Ort der nächsten Versammlung wurde Hannover bestimmt.

Potsdam. In der Monatsversammlung am 10. Mai ehrte die anwesenden Mitglieder das Andenken zweier braver Kollegen, welche ihr Leben auf dem Schlachtfelde lassen mußten. Nach Erledigung einiger „Berichtsammlungen“ wurde zum Punkte „Teuerungszulage“ geschritten. Ist die Stimmung hier im allgemeinen schon keine gute, so wurde sie durch das Resultat der letzten Teuerungszulage keinesfalls gehoben. Dies konnte man auch aus den Berichten der Vertrauensleute der einzelnen Druckereien entnehmen. Nach längerer Diskussion kam folgende Resolution zur Annahme: „Die heutige Versammlung spricht ihre Unzufriedenheit über die gewährten Teuerungszulagen aus, weil die im vorigen Jahre gewährten Teuerungszulagen in Anrechnung gebracht werden und den heutigen, uns unermesslich gestiegenen Preisen für alle Lebens- und Bedarfsartikel in keiner Weise Rechnung trägt. Die Versammlung fordert deshalb die Kündigung des Tarifs und eine Erhöhung der Grundposition, damit auch die Höherenlohnarten in den Genus der Zulagen gelangen und nicht auf die Gnade der Prinzipale angewiesen sind.“ Zum Schlusse gab uns der Kartellvorsitzende Schuberth einen interessanten Bericht über: „Kriegsinvalidenfürsorge“. Ein regerer Besuch der Versammlungen wäre sehr erwünscht.

Briefkasten.

„Geldgrau“: 1. Wie soll ich zuleiten? M. Rauch, Stuttgart, Ludwigstraße 20, Preis 1,70 Mk. 2. Eine Drucker. — S. D. in Schwab. 3. Wie soll ich nach Schwab. — S. D. in G. Eine solche Ergänzung erscheint nicht notwendig. — W. B. in G. Nachdem die Gauvorsteherkonferenz eingehend darüber beraten und dazu Stellung genommen hat, erwidern sich dieselben. Mitgliedschaften können nach wie vor für Mittel fallen. Wir wollen Ihnen aber nicht verhehlen, daß Ihre Kritik bedeutendste Zuschüsse enthält. — E. B. in G. Diese Vermittlung von G. ist ein sprachliches Zeug. Der General sollte Vermittlungslage anstrengen. — D. M. in G. Eingegangen. — E. Sch. in G. 1. 2. 3. 4. D. B. in Hannover: 2. 30. Mai. — S. D. in Berlin: 2. 30. Mai.

□ □ □ □ Verbandsnachrichten □ □ □ □

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II.
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Zur Aufnahme gemeldet

(Eingewandten innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse):
Am Gau Bayern der Seher Xaver Täger, geb. in Augsburg 1899, ausgeh. 1917; war noch nicht Mitglied. — Sol. Selb in München, Holzstraße 24 I.

Im Gau Schießen der Seher Reinhold Schindler, geb. in Orlitz 1887, ausgeh. def. 1905, war schon Mitglied. — Karl Friedler in Breslau, Kupfermeisterstraße 7.

Berjammlungskalender.

Raumburg a. S. Berjammlung heute Sonnabend, den 2. Juni, abends 8 Uhr, in der „Poli“.
Stuttgart. Berjammlung Montag, den 4. Juni, abends 6 1/2 Uhr, im Grünen Saale des „Gewerkschaftshauses“, Eßlinger Straße 17.
 — **Maschinenmeisterberjammlung** Montag, den 11. Juni.

Gesforben.

In Berlin am 25. April der Seher Julius Reichelt aus Bernau, 56 Jahre alt — Lungenentzündung; am 30. April der

Seher Paul Stehr aus Berlin, 51 Jahre alt — Gehirnblutung; am 2. Mai der Seher Alfred Schum in aus Breslau, 25 Jahre alt — Lungenentzündung; am 3. Mai der Galaniseur Georg Wallersdorff aus Hannover, 49 Jahre alt — Schwindel; am 10. Mai der Seher Gustav Liebig aus Herwigsdorf, 39 Jahre alt — Lungenleiden; am demselben Tage der Seher Paul Babin aus Berlin, 49 Jahre alt — durch Ertrinken; am 12. Mai der Seherinvalide August Rigen aus Schiebahn (M. Gladbach), 70 Jahre alt — Lungenleiden; am 18. Mai der Seher Gustav Hering aus Grünhof bei Stettin, 58 Jahre alt — Zuckerbrand; am 19. Mai der Drucker Hermann Richter aus Neussadt, 43 Jahre alt — Lungenleiden.
 In Bitterfeld der Buchdruckereibeser Philipp Saffer, 49 Jahre alt.
 In Döbeln am 15. Mai der Buchdruckereibeser Richard Holle, 57 Jahre alt.
 In Dörmund am 12. Mai der Seherinvalide Karl Schröder aus Friedland, 54 Jahre alt.

In Eberfeld am 6. Mai der Seher Hermann Piepenbrink, 60 Jahre alt — Gehirnblutung.
 In Schwewe der Buchdruckereibeser Haubold.
 In Giegen a. Br. am 7. Mai der Buchdruckereibeser Otto Meisenburg, 73 Jahre alt.
 In Glauchau der Buchdruckereibeser H. R. Schönlebe.
 In Hamburg am 14. Mai der Seherinvalide C. W. Möller, 74 Jahre alt.
 In Hanau a. M. am 18. Mai der Seherinvalide Peter Euler aus Neuengronau, 65 Jahre alt.
 In Kempten am 30. April der Seher Johann Schmidt aus Sanden, 22 1/2 Jahre alt.
 In Kiel am 9. Mai der Seherinvalide Solger Luken, 64 Jahre alt.
 In Leipzig am 8. Mai der Seherinvalide Julius Link von dort, einer der 50jährigen Verbandsjubilare vom 20. Mai 1916, 72 Jahre alt — Gehirnschlag; am 9. Mai der Seherinvalide Georg Kunze aus Merseburg, 78 Jahre alt — Hirterienverhaltung.

Glück
 höchster Gewinn im günstigsten Falle
800000
 500000 150000
 300000 100000
 200000 60000 u.
 S.W.
 zusammen kommen zur Auszahlung
20. Millionen 801000 Mark
 Jedes 2. Los gewinnt. Amtlicher Plan, kostenlos.
Ziehung 1. Klasse „Zehntel Fünftel Halbe Ganze“
 Mk. 5.—, 10.—, 25.—, 50.—, 100.—
 Voll-Lose, für alle 5 Klassen gültig:
 Mk. 25.—, 50.—, 125.—, 250.—
 Versand nach auswärts, auch ins Feld, durch die Königl. Sächs. Staatslotterie-Einnahme
Max & Johann Schneider
 Fernspr. 51374 Leipzig Gohliserstr. 53
 Bankkonto: Allg. Deutsche Creditanstalt, Postcheckkonto 51419

Erster Akzidenzseher

der die Leitung unsrer Seherei mit übernehmen soll, für bad gesucht. Angebote mit Zeugnisausschnitten und Angabe der Militärverhältnisse, der Lohnansprüche und des frühesten Eintritts an [24] Buchdruckerei Gustav Pritz & Co., Leipzig, Blumenstraße 10/12.

Schriftseher, Typographseher und Maschinenmeister
 auch Kriegsbeschädigter, in dauernde Stellung sucht August Pries, Leipzig, Brüderstraße 59. [453]

Maschinenmeister und Werkseher

finden bei uns dauernde Stellung. Wir erfüllen Angebote mit Lohnforderungen. [996] Bierische Hofbuchdruckerei, Altenburg (S.-M.).

Tüchtige Maschinenmeister

zum sofortigen Eintritt gesucht. Angebote unter Angabe der bisherigen Tätigkeit, Lohnansprüche an [994] Max & Johann Schneider, Leipzig, Brüderstraße 59.

Tüchtiger Stereotypseher

in Rund- und Flachstereotypie geübt, gesucht. [27] „Bündener Lokalanzeiger“, Linden (Hannover).

Tüchtiger Seher

militärfrei (eventuell Kriegsbeschädigter), in allen Seherarten besonders in dauernde Stellung gesucht. [25] G. Gattewitz, München, Theatinerstr. 18.

Tüchtige Schriftseher

für dauernde Stellung gesucht bei [23] Fleißigkeit & Thies, Berlin C 19, Niederwallstr. 15.

Schriftseher

militärfrei, sofort oder später gesucht. Angebote mit Lohnforderung und Altersangabe erbeten. [20] Korn & Sachow, Grevesmühlten (Medib.).

Schriftseher

in dauernde Stellung gesucht. [28] G. S. Bankau, Buchdruckerei, Bochum.

Tüchtige Akzidenz- und Inseratenseher

sucht [752] „Der Holzmarkt“, Berlin SW 68.

Linotypseher Anzeigenseher

militärfrei, gesucht. [869] „Nordbayrische Zeitung“, Nürnberg.

Typographseher

zum sofortigen Eintritt gesucht. [22] Ernst René Dreher, Buchdruckerei, Frankenthal (Pfalz).

Zeitungskorrektor

militärfrei, gesucht. Bewerbung mit Angabe der Schulbildung, Alter und Gehaltsansprüche an [18] „Nordbayrische Zeitung“, Nürnberg.

Maschinenmeister Akzidenzseher Werkseher

der Schulbildung, Alter und Gehaltsansprüche an [792] Oscar Brandstetter, Leipzig.

Typograph- und Monotypseher Stereotypseher

jedoch nur tüchtige Kräfte, werden in dauernde Stellung gesucht. [991] „Wülheimer Zeitung“, Wülheim (Ruh).

Maschinenmeister Monotypseher Werkseher Metzeure Akzidenzseher Aufräumer

jedoch nur tüchtige Kräfte, auch Kriegsbeschädigte, finden dauernde Stellung. [831] Oskar Reiner, Leipzig 19, Königstraße 26 B.

Maschinenmeister

sucht [878] G. Sesseland, G. m. b. H., Stettin.

Maschinenmeister

sucht [19] Buchdruckerei Strauß, H. G., Berlin SW 68, Reubenburger Straße 8.

Maschinenmeister

und ein [26] Stereotypseher

Stereotypseher

sofort oder später gesucht. Angebote mit Lohnanspruch an [968] R. Reumeyer, Posen.

Für Aufstapler, Farben- und Illustrationsdruck wird ein tüchtiger, gewissenhafter [968] Maschinenmeister

Maschinenmeister

welcher Hervorragendes leistet, für Original-Metsetzerei, ferner für Phönix- und Viktorialtee ein in besseren Arbeiten erfahrener [968] Tiegeldrucker

Tiegeldrucker

zu möglichst baldigem Eintritt in dauernde Stellung gesucht. [991] Ernst Marks, Mühlheim (Ruh).

Bunt- und Bilderdrucker

erfahrene erste Kraft, gesucht. Angebote mit Zeugnisausschnitten und Lohnforderung erbeten. [995] Drucker-Ges. Hartung & Ko., Hamburg 25.

Tüchtiger Tiegeldrucker

findet bei uns sofort Anstellung. [995] Bierische Hofbuchdruckerei, Altenburg (S.-M.).

Schweizerdegen

möglichst sofort oder bald gesucht. [991] „Wülheimer Zeitung“, Wülheim (Ruh).

Junger, strebsamer Seher

Kriegsbeschädigter, sucht Gele: enbe' zur gründlichen Erlernung der Linotyp-Gehehmache. Werte Angebote erbittet unter Angabe der Bedingungen Karl Diebel, Bena (Ehr.), Fenergasse 5. [999]

Rotafülle bei technischen Schwierigkeiten finden Sie in dem Druckhandbuch
Wie soll ich zurichten?
 Ein Leitfaden für Buchdrucker
 zum Aufbau der Zurichtung in allen Druckarten. 112 Seit. Text mit 21 Abb. u. 20 Tafeln. Preis geb. M. 1.70 portofr. v. Verf. M. Rauch, Stuttgart, Ludwigsstr. 20.



Teilzahlung

Uhren und Schmucksachen, Photokartell, Sprechmaschinen, Musikinstrumente, Vaterländ. Schmuck, Spielwaren und Bücher.
 Kataloge umsonst u. portofreiliefere
Jonass & Co., Berlin A. 407, Belle-Alliance-Str. 7-10.

Kgl. Sächs. Landes-Lotterie

Ziehung 1. Klasse 13. und 14. Juni.
 Größte Gewinnmöglichkeit, da jedes 2. Los ein Preffer.
 55000 Gewinne und 1 Prämie über 20 Mill. Mark.
 Haupttreffer:
500000 Mk.
300000 Mk.
200000 Mk.
 und namentlich viele Mittelgewinne.
 1/10 Lose Mk. 5.—, 1/2 Lose Mk. 10.—
 versendet, auf Wunsch auch unter Nachn., der Kgl. Lotterie-Kollekteur
Hermann Straube,
 Leipzig, Lortzingstrasse 8.
 Zusendung der Gewinnlisten und Gewinne sof. Spielplan auf Verlang.



Zeitenmaß mit sämtlichen Einteilungen 20 Bl.

E. Freit, Mainz, Mainstraße 30.

Berein der in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgebung

Am 21. Mai verstarb nach mehrjähriger Krankheit unser werter Mitglied, der Schriftgießerinvalide [21]

Franz Falkenberg

aus Eberfeld a. Berg a. Berlin, im 52. Lebensjahre.
 Ehre seinem Andenken!
 Der Vorstand.

Wiederum haben wir durch den Weltkrieg den Verlust eines braven Kollegen, des Maschinensehers [14]

August Rischbieter

aus Dornabück, zu betrauern.
 Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren
 Die Maschinensehervereinigung im Gau Hannover.

Wir erlangen die fraurige Gewißheit, daß auch unser lieber Kollege [15]

Hans Schau

der schwererwundet in französische Gefangenschaft fiel, am 7. August d. J. für das Vaterland gestorben ist.
 Ehrend gedient auch dieses Braven
 Vereen „Gutenberg“, Stensburg.

Im Lazarett zu Stendal verstarb an einer sich im Felde zugezogenen Krankheit unser werter Mitglied, der Seher [17]

Hermann Schmidt

Kriegsreiwilliger in einer Eisenbahnbau-Kompagnie
 Wir werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.
 Bezirksvereen Raumburg a. S.

Den Heldentod für sein Vaterland starb in einem Lazarett in Glas unser junger Kollege [16]

Friedrich Gaiser

Kanonier
 an den Folgen einer schweren Krankheit, die er sich im Felde zugezogen.
 Auch diesem Kollegen werden ein freies Andenken bewahren
 Bezirksvereen Lahr.
 Ortsvereen Offenburg.

Bei einem Sturmangriff am 10. Mai fiel unser lieber Kollege [13]

Alfred Lan

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm.
 Ortsvereen Lahr.
 Bezirksvereen Lahr.

Nach langem Leiden verstarb beim Militär im Lazarett zu Leipzig-Cobitz in der Nacht vom 23. zum 24. Mai unser lieber Kollege, der Drucker [12]

Paul Schulze

Sein Andenken werden wir in Ehren halten.
 Die Druckerkollegen der Firma Spamer, Leipzig.

Schon wieder haben wir durch das Völkerringen den Verlust eines lieben Kollegen, des Sehers [11]

Gustav Hennecke

aus Osterwieck, zu betrauern.
 Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
 Der Ortsvereen Burg b. M.

Seiner schweren Verwundung erlag am 4. Mai in einem Feldlazarett unser lieber Kollege, der Schriftseher [8]

Paul Zibull

Dem so früh Dahingefahrenen werden wir ein ehrendes Andenken bewahren.
 Ortsvereen Elbing.

Am 19. Mai erlitt den Heldentod unser lieber Mitglied, der Linotypseher [7]

Ernst Pinke

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
 Die Mitglieder der Leipziger Maschinensehervereinigung.

Wiederum haben wir den Verlust eines lieben Kollegen zu beklagen. In den letzten schweren Kämpfen fiel der Seher [19]

Artur Urban

aus Pissa i. P.
 Ein dauerndes und ehrendes Andenken bewahrt ihm
 Der Bezirksvereen Posen.

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 62 — Leipzig, den 2. Juni 1917

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

□□□□ Gewerkschaftsrevue □□□□

Die in der Rüstungsindustrie tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten zu allermeist Löhne, mit denen auch in der heutigen Zeit der ungeheuren Lebensmittelerhöhung ein gewisses Auskommen möglich ist. Wesentlich anders steht es jedoch bei den in solchen Berufen Tätigen, wo nicht für den Kriegsbedarf gearbeitet wird. Die von den Arbeiterorganisationen unternommenen Schritte auf Erzielung von Teuerungszulagen oder Erhöhung bestehender tariflicher Lohnsätze haben zum Teil guten Erfolg gehabt. Leider ist jedoch zumeist ein wirklicher Ausgleich zwischen Lebensbedarf und Einkommen nicht zu erzielen gewesen. Mit der Steigerung der Teuerung haben sich die Gewerkschaften aufs neue genötigt, an die in Betracht kommenden Unternehmer heranzutreten, um die bisher bewilligten Teuerungszulagen erweitern zu lassen. So erreichten die Schneider eine tariflich festgelegte Lohnhöhung von 35 Proz. für die Gebiete der Herrenkonfektion und 25 Proz. für die Maßschneiderei. Im Baugewerbe wurden Zulagen bewilligt, die vor dem Reichsamte des Innern ihren Abschluss fanden. Die Zulagen sollen vom 27. April an für die weitere Dauer des Tarifvertrags 15 Pf. für die Stunde betragen. Von besonderer Bedeutung war bei dieser Einigung das Zugeständnis der Regierung an die Bauunternehmer, denselben den Mehraufwand dieser Zulage von den auftraggebenden Verwaltungen und Behörden zurückzuerstatten. Eine Konferenz aller Sabakarbeiterverbände, die am 19. April in Frankfurt a. M. stattfand, beschloss sich ebenfalls mit der wichtigen Frage und forderte eine Erhöhung der bisher gewährten Zulagen auf 35 Proz. In gleichen Bewegungen befinden sich die Textilarbeiter, die Buchbinder und die Dachdecker.

Bei Besprechung dieser wichtigsten wirtschaftlichen An gelegenheit sei nochmals die schon unter „Rundschau“ erwähnte Anregung der „Dachdeckerzeitung“ in Erinnerung gebracht, die dahin ging, die in der Kriegszeit für die einzelnen Berufe erzielten Lohnzulagen durch Gesetz für die Friedenszeit sicherzustellen. Was die „Dachdeckerzeitung“ zu dem Vorschlage veranlaßte, war wohl mehr der Wunsch, daß jedem Arbeiter ein auskömmliches Existenzminimum gesichert sicherzustellen sei. Ähnliche Gedanken sind natürlich schon des öftern in früherer Zeit geäußert worden, und wenn wir vor einiger Zeit darauf hinwiesen, daß Dr. Hugo Sinzheimer (Frankfurt a. M.), der beste deutsche Kenner des Tarifwesens und seiner rechtlichen Grundlagen, in seinem neuesten Werk „Ein Arbeitsarbeitsgesetz“ rechtliche Grundlagen schaffen möchte für Lohnvereinbarungen, so ist es in Grunde die gleiche Idee, nur daß Einzelne die Rechtsbedingungen gewissermaßen klarer darstellte. Sinzheimer sagt auch ganz richtig in seiner Antwort an die „Dachdeckerzeitung“: „Ich denke mir, daß die Festsetzung dieses Minimallohnes nicht schematisch oder bürokratisch erfolgen dürfte, sondern unter Beachtung der verschiedenen Lebensverhältnisse, nach bestimmten Faktoren durch paritätische Kommissionen zu erfolgen hätte.“ Die Ansichten über diese Frage sind unheimlich verschieden, und wenn auch die „Dachdeckerzeitung“ anführen kann, daß die Demobilisationskommission in England bereits beschlossen habe, daß die Kriegslöhne auch im Frieden weitergezahlt werden müssen, so läßt sich das gar nicht genau feststellen, welche Unternehmer damit gemeint sind oder ob gar nur staatliche Betriebe in Frage stehen. Das deutsche Unternehmerium wird sich schwerlich zu einem solchen Zugeständnisse bequemen. Die Textilfabrikanten Bayerns haben erst kürzlich einen Antrag des Textilarbeiterverbandes auf Einführung von Mindestlöhnen energig abgelehnt. Auch sonst in Deutschland dürfte die leiseste Hoffnung auf solche sozialen gesetzlichen Einrichtungen einstweilen überflüssig sein, denn das Kapital hat noch immer in allen deutschen Parlamenten die überwiegende Vertretung. Aber auch wir sind nicht durchweg der Ansicht, daß die Festlegung auf einen bestimmten, nur den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechenden schematischen Mindestlohn von Nutzen für die Arbeiterchaft wäre, weil eine solche Einrichtung geeignet ist, eine Inflationierung der Löhne herbeizuführen, die Bezahlung der Qualitätsarbeit hintanzuhalten und persönliche wirtschaftliche Verhältnisse zu bevorzugen. Das würde aber in vielen Fällen, wo aus sozialen Rücksichten die Familienverhältnisse bei der Bewilligung von Teuerungszulagen in Betracht gezogen sind, die Übertragung der Kriegslöhne in die Friedenszeit mit sich bringen.

Von großer Wichtigkeit hinsichtlich der kommenden Friedenswirtschaft erscheint uns eine Eingabe betreffend Maßnahmen der Arbeitslosenfürsorge nach Friedensschluß, die von der Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch ihren Vorsitzenden, Dr. Freund, an den Bundesrat, die Bundesregierungen, den Reichstag, den Reichskanzler, die Kriegsministerien, das Reichsministerium und den Reichskommissar für die Übergangswirtschaft gerichtet ist. Diese Eingabe ist von hoher sozialer Bedeutung, und es ist ihr die volle Berücksichtigung seitens der maßgebenden staatlichen Instanzen zu wünschen. Der

Inhalt weist eingangs auf die Notwendigkeit hin, möglichst frühzeitig die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um die nach Friedensschluß eintretende Überführung der Kriegsteilnehmer in das Wirtschaftsleben recht leicht und schnell zu erledigen. Weiter wird geschildert, wie sich die wirtschaftlichen Verhältnisse bzw. der Arbeitsmarkt gestalten dürften und schließlich werden eine Reihe Forderungen gestellt, und Vorschläge unterbreitet, die darauf hinstelen, dem Staat und der arbeitenden Bevölkerung die Übergangswirtschaft zu erleichtern. Man kann diese Wünsche und vorgeschlagenen Maßnahmen durchweg gutheißen, um so mehr, als nach reicher Diskussion gerade dieses Themas in der Gewerkschaftsrevue fast einhellig der Wunsch zum Ausdruck kam, nach Friedensschluß sämtliche Kriegsteilnehmer so rasch als möglich ihrer Arbeit zuführen zu können.

Am dieses Werk zu fördern und auch für das Werben der Organisationen glücklich zu gestalten, dürfte die Zusammenarbeit der einzelnen Gewerkschaftsrichtungen nur von Vorteil sein. Längst haben die beteiligten Gewerkschaften erkannt, daß „selbst eine gesunde Konkurrenz, soweit sie loyal gehandhabt wird, nicht von schädlichem Einflusse sein kann“. Auch die zu Osnabrück am 2. abgehaltene Ausschußsitzung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften befaßte sich mit dieser Angelegenheit. Es kam zum Ausdruck, daß, wie das schon zitierte „Zentralblatt“ berichtet, heute als feststehend angenommen werde, daß für diese Zusammenarbeit ein bestimmter, in den praktischen Bedürfnissen der tatsächlichen sozialen, wirtschaftlichen und gewerblichen Entwicklung begründeter Rahmen gegeben sei. In irgendwelche Beschränkung der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen sei natürlich nicht zu denken, denn an dem, was die einzelnen Richtungen grundsätzlich trenne, solle in keiner Weise gerüttelt werden. Für die zukünftige Ausgestaltung der praktischen Zusammenarbeit werde darauf hingewirkt, daß schon in den vorbereitenden Stadien die Auffassung der einzelnen Richtungen zur Geltung gelangen könne. Eine Majorisierung habe sonach als völlig ausgeschlossen zu gelten; vielmehr solle auch den berechtigten Wünschen der Mitglieder nach Möglichkeit Berücksichtigung widerfahren. Aus diesen Sätzen leuchtet die Erkenntnis vom Vorteile der einheitlichen Front, und daß auch die christlichen Gewerkschaften diesen Nutzen erkannt haben, ist um so erfreulicher, als gerade die parlamentarischen Vertreter der beiden Hauptfraktionen früher oft in Arbeiterfragen selbst in bemerkenswerten Gegensätzen standen. Wie richtig das Verhalten der vereinigten Gewerkschaften ist und wie dieser lose Zusammenschluß auf interessierte Kreise erschreckend wirkt, zeigt nicht nur die „Deutsche Arbeitsgebetung“, die dieser Neuorientierung mit unverhülltem Satz entgegentritt. Auch die konservative Presse wird mit aller Art von Vorwürfen gepöbelt, die das Unbehagen veratet, das der „demokratische Strom“ auf dieser Seite ausstrahlt. Das stärkste Stück leistete sich in der „Deutschen Tageszeitung“ ein gewisser Reichsanwalt Bötiger (Wustfisch), der unter der Spitzmarke „Der Millionenblock“ eine Artikelserie brachte. Das Agrarierblatt, das ja nur in ganz bestimmten Kreisen gelesen wird, deshalb jedoch unter Ausschluss der Öffentlichkeit erscheint, hält es für gerechtfertigt, mit konfessionellen Vorbehalten diesen Millionenblock abzutun. Der Antikommunismus schaut da heraus, wenn das Zusammenarbeiten katholischer und evangelischer Angestellter und Arbeiter mit nichtgläubigen oder jüdischen Freigewerkschaften verdammt wird.

So arbeitet die dem Kapital dienstbare Presse. Das Unternehmerium selbst begnügt sich jedoch nicht mit schriftlicher Gegenagitatio, sondern es schreibt zur Tat, zur gewaltigen Gegenrüstung. Auch im Baugewerbe ist sehr ein wirtschaftlicher Zusammenhluß perfekt geworden, der unter dem Namen „Wirtschaftsbund für das deutsche Baugewerbe“ ins Leben gerufen ward. Eine große Zahl von Bezirksverbandsverbänden aus allen Teilen des Reiches haben sich dem Bund angeschlossen. Die Bezirksverbandsverbände bestehen wiederum aus den einzelnen Bezirksarbeitgeberverbänden für das Baugewerbe. Der Vorsitzende des letzteren wird in jedem Fall auch der Führer des Wirtschaftsverbandes sein. Ebenfalls sühnungsgemäß wie hier soll auch der Vorsitzende des Gesamtarbeitgeberverbandes den Vorsitz im Wirtschaftsband innehaben. Einzelunternehmer können nur dem Wirtschaftsband angehören, wenn sie gleichzeitig Mitglied des Arbeitgeberverbandes sind. Gleiche Bedingungen gelten für alle Fälle auch bei örtlichen Gründungen von Wirtschaftsverbänden. Diese gewaltige Koalition entstand aus dem Arbeitgeberbunde für das Baugewerbe und dem Innungsverbande deutscher Baugewerksmeister. Sie soll alle beruflichen Aufgaben lösen, insbesondere Einkaufsgesellschaften gründen, Preiskartellierung mit Lieferantenvereinigungen gemeinsam bilden, um so dem Druck der Bauauftraggeber wirksam zu begegnen. Daß eine so gewaltige Verbindung nicht auch wirksamen Schutz gegen die „mahlofen Forderungen“ der Arbeiter beabsichtigt, glaubt nur der, der ganzlich naiv auf der Welt herumläuft. Wohl ist nichts gesagt von einem Trudie gegen die Bauarbeiterorganisationen, doch dürfte die Befürchtung ruhig ausgesprochen werden, daß die Arbeiter des Baugewerbes Nischenkämpfe zu bestehen haben, wollen sie

gegen eine solche Koalition etwas erreichen. Deshalb werden die Bauarbeiter gut tun, bei Zeiten für eine Stärkung ihrer Gewerkschaften besorgt zu sein.

Wenn die Unternehmer sich zu größerer Geschlossenheit zusammenfinden und alle Konkurrenzbedenken beiseite stellen, so sollte man glauben, daß die Arbeiter die Verbindung und Einigung zur Vertretung gemeinsamer Interessen noch besser verstehen, um so mehr, als bei ihnen eine ganz gleichmäßige wirtschaftliche Grundlage gegeben ist. Leider ist die Zerrissenheit im Lager der Arbeitnehmer sehr groß, und gerade die Elemente, die das radikalste Rezept zur Bekämpfung des Kapitalismus gefunden zu haben glauben, sind heute am Werke, die festeste Gruppe der organisierten Arbeiterchaft, die freien Gewerkschaften, in ohnmächtige Spalter zu teilen.

Nachdem die große politische Partei der Arbeiter, die Sozialdemokratie, von einem Trupp rechtshaberischer Politiker in zwei Lager gespalten wurde, soll diese Teilung auch bei den freien Gewerkschaften versucht werden. Die neue Partei der „Unabhängigen Sozialdemokratie“ wurde bekanntlich zu Osnabrück in Gosha gegründet. Auf dieser Tagung wurde schon von den Vorsitzenden der neuen Partei, dem Abgeordneten Saale, die Spaltung der freien Gewerkschaften vielfach angegriffen. Er sprach von einer Regierungsgesellschaft der Gewerkschaftsleiter und versuchte zu beweisen, daß namentlich durch die Annahme des Hilfsdienstgesetzes von den Gewerkschaftsvertretern unter den sozialdemokratischen Abgeordneten den Arbeiterorganisationen ein schlechter Dienst erwiesen wurde. Da auch sonst in den Gewerkschaften jede Demokratie zu vermissen sei und eine engbrüstige, nach kleinen Vorteilen haschende und mit Pfennigen rechnende Bürokratie herrsche, so müsse man versuchen, auch die Leitung in den Gewerkschaften zu erlangen. Der vom „Korr.“ in Nr. 14 zur Geringe gekennzeichnete Karl Kürbs glänzte auf dieser Gründungsverammlung mit einem Antrage zur Schaffung einer Stelle, die sich ausschließlich mit der „Aufklärungsarbeit“ in den Gewerkschaften zu befassen habe. Der Abgeordnete Ledebour sprach von den Regierungsjournalisten, als welche die Gewerkschaftsführer zu betrachten seien und die den Kampf gegen die Unternehmer durch Anbequennung an die bürgerliche Gesellschaft zu erleichtern suchen. Man könnte diese unüberlegten Fanatiker damit abzukun suchen, daß man ihnen persönliche Motive als Grund ihrer unverantwortlichen Handlungsweise zuschiebt und dürfte mit gutem Willen das Phrasengefülle vom proletarischen Emanzipationskampf usw. als das kennzeichnende, was es wirklich ist, nämlich das Bedürfnis einzelner Mäntchen und Weibchen nach halbtönen Kräftigen, das keine Ursache in nervöser Nörgelsucht und krankhafter Voranstellung der eignen, oft so einseitigen Persönlichkeit hat. Leider finden aber diese Propheten einer neuen Zeit durch ihre Inermittlichkeit, die einer besseren Sache würdig wäre, in dem immer vorhandenen Haufen Inzultredener in der Arbeiterchaft eine Anzahl Anhänger, deren durch die Kriegsverhältnisse, insbesondere durch die traurige Lebensmittelerhöhung, verirrte Seele von den Unabhängigen aufgepeitscht wird. Diese irreführenden Arbeiter glauben den Phrasen, daß die Gewerkschaftsführer gar nichts für die Arbeiter tun, sondern im Gegenteil für Knebelungsgehele und gegen jeden Kampf um die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter eintreten. Dadurch waren denn auch nur die Streiks der Munitionskriegs- und anderer Arbeiter möglich. Sinterber haben dann die mutigen Volkstribunen im Reichstage jede Verantwortung für die Streiks abgelehnt. Man müßte glauben, daß die Arbeiter daran erkennen würden, mit welcher Fürsorge auf dieser Seite für sie eingetreten wird. Bedauerlicherweise finden sich immer wieder Leute, die die Schmeichelei der Masse für das wahre Mitgefühl am proletarischen Elend halten.

Wie weit diese Kitzelerei geht, können die Zeitgenossen an den Vorgängen in den einzelnen Organisationen beobachten. Da spielt sich in verschiedenen Verbänden der Kampf ab um die Behandlung politischer Fragen, und besonders heiß geht es her im Metallarbeiterverbande, der am 27. Juni d. S. in Köln seinen Verbandstag abhält. In der „Metallarbeiterzeitung“ werden bei der Erörterung der Anträge zum Verbandsstag eine Reihe von Artikeln veröffentlicht, die davor warnen, parteipolitische Fragen auf der Generalversammlung zu erörtern. Die meisten Verfasser sind sich klar darüber, daß das Übertragen der Parteifreiheiten in den Kreis der Gewerkschaft von unendlichem Schaden sein müßte. Doch die Quertreiber sind in der Demagogie Meister und fallen die Sache bei dem Ende, das ihnen am geeignetsten erscheint. Die Stellung des Verbandsvorstandes, insbesondere des Vorsitzenden Schlichte, der „Regierungsvertreter“ genannt wird, zum Hilfsdienstgesetze wird zum Anlasse genommen, um zu zeigen, wie hindernd die Vorhandhabung bei der Erreichung wirtschaftlicher Vorteile oder Verbesserung der Arbeitsverhältnisse ist. Dann aber hat es vielen die Bekannmachung des Vorstandes angefallen, in der vor Ausständen und wilden Streiks gewarnt und unter Berufung auf das Verbandsstatut eine gewisse Disziplin verlangt wurde. Die Wahlen der Delegierten sind denn auch in

den großen Industriefrenten mit besonders harter Bewegung vorgenommen worden. Hoffen wir, daß dieser Verband ungebrochen erhalten bleiben möge zum Besten seiner Mitglieder und zum Arger der Industriefrenten, die nichts sehnlicher erwarten als eine Spaltung der großen Arbeiterverbände.

Unter dem Namen „Bund der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten“ ist dieser Tage in Berlin eine neue Vereinigung ins Leben getreten, deren Zweck die Wahrung der gemeinsamen Interessen der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten durch die selbst gegenüber der Gesetzgebung wie im Wirtschaftsleben ist. Der Verein, der auf dem Boden parteipolitischer und religiöser Neutralität steht, fordert in erster Linie völlige materielle Sicherstellung der Kriegsbeschädigten. Hierzu hält er für nötig zunächst eine gründliche Reform des gesamten Militärrentenwesens, das den Grundfragen der staatlichen Unfallversicherung angepaßt werden soll und wobei den Organen der Beschädigten ein Mitbestimmungsrecht bei Festlegung der Renten eingeräumt wird; ferner die Mitwirkung der Kriegsbeschädigten in sämtlichen öffentlichen Fürsorgeeinrichtungen; schließlich eine weitgehende sozialpolitische Schutzgesetzgebung für die Kriegsbeschädigten auf wirtschaftlichem Gebiete. Hierbei legt der Verein besonderes Gewicht auf Schaffung eines Zwanges für alle Unternehmer, zu einem gewissen Prozentsatz Kriegsbeschädigte zu gleichen Löhnen wie die übrigen Arbeiter und ohne Anrechnung der Rente auf den Lohn in ihren Betrieben einzustellen. Im Namen und Interesse aller Kriegsteilnehmer fordert der Verein Abschaffung der politischen Vorrechte in Reich, Staat und Gemeinden, durch die Kriegsteilnehmer schlechter gestellt werden als andere Bevölkerungsteile, Umwandlung des Meeres in ein wirkliches Volksmeer und eine Politik, welche der Entfesselung künftiger Kriege vorbeugt. Der Verein will seinen Mitgliedern Rechtsrat, Rechtsschutz, Berufsberatung und sonstige Unterstützungen gewähren, seine Ziele in einem eignen Organ vertreten und namentlich auch die Erkenntnis vom wirklichen Wesen des Krieges in der Bevölkerung wachhalten. Auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete will der Verein mit den bestehenden Organisationen der Arbeiter- und Angestelltenbewegung freundschaftlich zusammenarbeiten. Mitglied kann jeder Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigte werden, für letztere bestehen besondere Erleichterungen. Vorstehende sind Richard Sedwam und Erich Kuffner, beide in Berlin. So ist also unter Nichtachtung des von den deutschen Gewerkschaftsverbänden an die Kriegsinvaliden gerichteten Aufrufs, der von der Gründung einer besonderen Organisation abriet, doch ein Bund der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten zustande gekommen. Der Sache der Kriegsbeschädigten wäre indes zweifellos besser gedient gewesen, wenn sie die Vertretung ihrer berechtigten Wünsche und Forderungen den einflussreicheren Gewerkschaften und Angestelltenverbänden überlassen hätten. Die freundschaftlichen Beziehungen, die man seitens der neuen Organisation mit den Berufsverbänden unterhalten will, in allen Ehren, aber eine überflüssige Kräftezerpflünderung wird die neue Organisation um den Erfolg bringen. Das wird die Zukunft lehren! — Abzugs wendet sich das „Korrespondenzblatt“ neuerdings gegen die Gründung wirtschaftlicher Vereinigungen Kriegsbeschädigter in einem umfangreichen Artikel, worin es an Hand des Programms derartiger Vereinigungen — die Htern d. T. zutage gekommene Gründung in Essen ist hier gemeint — den Nachweis führt, daß solche Sonderorganisationen überflüssig sind. Darin kommt u. a. zum Ausdruck, daß alle Einrichtungen, die darin erst geschaffen werden sollen, den Kriegsbeschädigten Gewerkschaftsmitgliedern bereits in ihren Organisationen zur Verfügung stehen. Eine wirtschaftliche Sonderorganisation von Kriegsbeschädigten sei ebenso überflüssig, als die gewerkschaftliche Organisation für die noch irgend erwerbstätigen Kriegsbeschädigten notwendig ist. Suchen die Kriegsbeschädigten ihre Interessen durch Sondervereinigungen zu vertreten, so laufen sie Gefahr, daß ihre Anforderungen als einseitig, übertrieben und unberechtigt abgewiesen werden. Anders, wenn sie ihre Berufsorganisation mit der Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen betrauen. Hier hat ihre Stimme von vornherein ein ganz anderes Gewicht und findet leichter den nötigen Widerhall. Und wenn die Verhältnisse es mit sich bringen, daß die Gesamtheit der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen gemeinsam für die Erfüllung der berechtigten Forderungen der Kriegsbeschädigten eintreten muß, dann ist der Erfolg ein ungleich größerer und nachhaltiger, als ihn ein Delegiertentag der Kriegsbeschädigtenvereinigungen erzielen konnte. — Es bestehen demnach nunmehr zwei Sonderorganisationen für Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigte. Die eine Richtung (Essen) hat mit der Arbeitererschaft keine näheren Beziehungen, die Berliner dagegen geht von Männern aus, die in der politischen Arbeiterbewegung (Mehrheitsfraktion) nicht zu den unterschriebenen Blättern gehören. Im Grunde genommen hat man jetzt wahrgemacht, was Friedrich Stampfer und Albert Baumeister auf der Konferenz der Verbandsvorstände und Gewerkschaftsredakteure im November v. J. schon als eine Notwendigkeit zu schildern bemüht waren. Damals waren die Gewerkschaftsvertreter noch nicht zu überzeugen, daß hier etwas Besonderes unternommen werden müsse. Man hielt die wirtschaftliche und die politische Organisation der Arbeitererschaft für ausreichend, auch die Interessen wahrzunehmen, die sich für die Kriegsteilnehmer speziell herausstellen könnten. Die Sache wurde deshalb vertagt. Kuffner, Stampfer und Genossen müssen nun geglaubt haben, es ginge etwas verloren, wenn nicht bald aus dem von ihnen empfindenen Organisationsbedürfnisse die Tat hervorgehe. Der geschäftige Stampfer artikelt in sozialdemokratischen Blättern, daß die vorgenommene Gründung auf keinen Fall für die Gewerkschaften und

die sozialdemokratische Partei benachteiligend wirken könne, es würde vielmehr in dem einen wie dem andern Fall eine Erleichterung eintreten. Daß in dieser spaltungs-schwangeren Zeit böse Absichten mit der Kriegesorganisierung auf dieser Grundlage verfolgt werden, halten auch wir für ausgeschlossen — die „Leipziger Volkszeitung“ mit ihrer „Beweisführung“ der Gewerkschaftszertörung durch Kuffner usw. argumentiert wieder einmal daneben —, ein gutes Beispiel ist indessen damit gewiß nicht gegeben worden. Es wird noch manches Wort über diese Eigenmächtigkeit zu sprechen sein.

Der Mangel an Heizmaterial, der auch im Sommer anzuhalten scheint und die unerbaulichen Ausichten auf den kommenden Winter eröffnet, hat angeblich die Prof-fabriken veranlaßt, an den Bundesrat ein Gesuch um Aufhebung des Nachbaderbets während der Kriegszeit zu richten. Die Begründung des Gesuchs soll nämlich die sein, daß bei der Nacharbeit Kohlen und Menschenkräfte erspart werden; eine Argumentierung, die komisch anmutet, wenn man bedenkt, wie auch die „Bäcker- und Konditoreiseitung“ anführt, daß nachts der Licht-verbrauch ein Ersparnis an Kohlen wahrlich nicht bedeutet. Daß eine gewisse Einschränkung von Arbeits-personal durch Schichtwechsel im Großbetriebe möglich wird, soll nicht verkant werden, doch ist das gewiß nicht von so großen wirtschaftlichen Nutzen für das ganze Gewerbe, daß die unendlich gesundheitlich schädigende Nacharbeit dagegen in Kauf genommen werden könnte. In diesem Sinne petitioniert denn auch der Bäckerverband an den Bundesrat in Gemeinschaft mit dem christlichen Verband und dem Gewerkevereine (H.-D.). Wir wünschen der Petition ganzen Erfolg, denn die Herrschaften, die das frühe Morgengedäch nicht zu entbehren vermögen, kämen durch die Wiedereinführung der Nacharbeit doch nicht auf ihre Rechnung, weil die bestehenden Verordnungen nur den Verkauf von Allgeback zulassen. So müssen die Arbeiter überall auf der Wacht sein, um errungene Vorteile für sich zu wahren.

Dessen waren sich wohl auch die Kirch-Dunker-schen Gewerkevereine bewußt, als sie den bedeutungsvollen Beschluß faßten, einen parlamentarischen Fonds zu gründen. Die Gewerkevereine Kirch-Dunker-scher Richtung haben keine eigne parlamentarische Vertretung zur Wahrnehmung ihrer Interessen, außer dem vor einigen Monaten gewählten parlamentarischen Vertrauensmann Weinhäuser aus dem Kreise der Reichstags-abgeordneten und Landtagsabgeordneten der fortschrittlichen Volkspartei. Um bei künftigen Wahlen ein kräftiges Wort-lein mitreden zu können, wurde der genannte Fonds ge-gründet, der aus freiwilligen Beiträgen groß werden soll. Als erstmalige Einhebungen qualifizierte der „Gewerkeverein“ über 1029,20 Mk. Obgleich das Durchbringen eines selbst-ändigen Abgeordneten mit großen Schwierigkeiten ver-bunden sein dürfte, so haben doch die Gewerkevereiner dann noch viele andre Wege, um ihre Wünsche wirksam in den Parlamenten zu Gehör zu bringen.

Der Gedanke an einen halbjährigen Frieden findet eine immer wachsende Anhängererschaft, und schon rücken sich Ver-treter des Proletariats vieler Länder, um in Stockholm im Juni eine Friedenskonferenz abzuhalten. Viele Ge-legenheit gab Veranlassung, daß auch die Gewerkschaften ver-bunden sollten, die teilweise gerissenen internationalen Ver-bindungen wieder anzuknüpfen. Die für die Kriegs-zeit errichtete Zweigstelle des Internationalen Gewerkschaftsbundes, die in Amsterdam ihren Sitz hat, laßt nun zum 8. Juni d. J. nach Stockholm zu einer inter-nationalen Gewerkschaftskonferenz ein. Als ein-ziger Tagesordnungspunkt wurde festgelegt: Gewerkschaft-liche Forderungen zum Friedensvertrage. Wie wir auch seinerzeit an dieser Stelle berichtet haben, sind die Gewerkschaftsvertreter der Ententestaaten im Juli 1916 in Leeds zu einer Konferenz zusammengetreten und haben u. a. ein Programm für die Klassenforderungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aufgestellt. Der Internationale Ge-werkschaftsbund hat dieses Programm in den meisten Punkten angenommen, glaubt aber, daß die endgültige Be-schlußfassung von den Forderungen der Arbeiter an die Friedenskonferenz nur von einer internationalen Gewerkschaftskonferenz vorgenommen werden kann. Im „Kor-re-spondenzblatt“ der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands wird jetzt der Entwurf veröffentlicht, den der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes durch den Vorstehenden Legien dieser Internationalen Gewerkschaftskonferenz vorlegen will: Erhöhter Arbeiterschutz in allen Ländern, um die Volkskraft und damit die Wirtschaffsfähigkeit wieder herzustellen, Freiheit und volle Freiheit des Koalitionsrechts, Beschränkung der Arbeits-zeit, erhöhter Gewerbeschutz und Schutz der Heimarbeit, Ausbau der Sozialversicherung wie weitgehende Durch-führung des Arbeiterlohnes in allen Ländern. Diese Forderungen werden in neun Hauptabschnitten aufgeführt, und schließlich wird mit folgenden prächtigen Sätzen eine knappe Begründung gegeben:

Die Völker werden am schnellsten wieder gefunden können, die am tiefsten die Bedeutung der sozialen Reformarbeit nach dem Krieg erkennen und entschlossen genug sind, weitgehende Reformen schnellstens durchzu-führen. Ihre Forderungen werden somit zum Prüfstein für alle Regierungen hinsichtlich ihrer sozialpolitischen Gesinnung und Absichten. Große Worte hat die Welt von den Regierungen vieler Staaten gehört, Worte von der „Freiheit der Völker“. Bei den Worten darf es nicht bleiben. Taten wollen wir sehen.

Mögen diese vor trefflichen Worte in ihrem ganzen Ge-wichte wirken. Wir wünschen das Beste dazu.

Von Buchdruckern im Kriege. Von den im Felde stehenden Mitgliedern unserer Organisation erhielten das Eisene Kreuz: Helmuth Scheel (Anklam), Karl Hasel und Karl Kraft (Baden-Baden), Julius Wollauchi (Berlin), Johannes Buchta (Beuthen), Alwin Walther (Dresden), Rudolf Mörder (Sörbde), Gottwald Kirchner und Klaus Böschmann (Juhum), Wilhelm Reibel und Franz Schnurr (Zahr), Paul Hanke (Langenbielau), Paul Linke (Leipzig), Karl Margard (Mühlhausen i. Th.), Joh. Schwendner, August Gumbiller, Wilhelm Link, Johann Luchner, Adam Gröbhein und Ludwig Schusap (München), Walter Großer (Naumburg) und Albert Amels (Neub). Damit haben bis jetzt 3486 Verbandskollegen diese militärische Auszeichnung erhalten.

Zur Berichterstattung über die Einführung der neuen Feuerzuzulagen. Es machen sich zu ertlichen Verlamunungsberichten in dieser und nächster Nummer einige Bemerkungen notwendig. Da auch noch anderes zu diesem Kapitel zu sagen ist, so soll das nicht durch zwei Nummern gehen, sondern in einem Zuge mit der nächsten Nummer das Erforderliche zum Ausdruck gebracht werden.

Die Buchdrucker als Schwer- und Schwerfarbeiter. In Bielefeld sind die Buchdrucker nicht als Schwer-arbeiter anerkannt worden, nur die Stereotypenre und Maschinenführer in Zeitungsbetrieben sollen die betreffenden Zulagen erhalten. — Dagegen werden in Plauen i. V. die Buchdrucker mit Ausnahme der Korrektoren als Schwerarbeiter angesehen und erhalten die vorgeesehenen Zulagskanten. Die Stereotypenre bekommen außerdem eine Festzulage. Ein vom Ortsverein unternommener Versuch, diese allen Buchdruckern zuteil werden zu lassen, ist bisher vom Stadtrats nicht unentschieden geblieben. — In Mühl-hausen (Sühr.) erhalten die Buchdrucker ein Pfund Brot mehr in der Woche, insofern gelten sie also als Schwer-arbeiter. Weitere Zugeständnisse waren nicht zu erlangen.

Die wirtschaftliche Lage der Papierfabrikation im Abchlußjahre 1915/16. Darüber konnte das Organ des Fabrikarbeiterverbandes, „Der Proletarier“, an Abchlußstufen von 31 Aktiengesellschaften der Papierfabrikation im Ver-gleiche zu 1913 berichten. Von diesen 31 Fabriken ver-teilten 14 Gesellschaften Dividenden von 4 bis 26 Proz. (1913 ebenfalls 14 mit 4 bis 30 Proz.). — Geben, also die Käste, konnten eine Steigerung der Dividendenkäse gegen 1913 vornehmen. 3 Gesellschaften, die 1913 Dividenden in Höhe von 4 bis 6 Proz. verteilten, blieben 1915/16 dividendenlos, dagegen konnten 3 weitere Gesellschaften, deren Aktienäre 1913 noch leer ausgingen, im Berichtsjahre 4, 8 und 10 Proz. ausschütten. Von den 31 Ge-sellschaften erzielten 1913 23 und 1915/16 21 einen Reingewinn, der 1913 4800935 Mk. betrug und 1915/16 auf 5743571 Mark stieg, wozu noch ein Kriegsergebnisfonds von 154501 Mark zu rechnen ist. 4 Gesellschaften könnten ihre Ver-lüsse aus dem Vorjahre decken. Man könnte frohstatedem von allgemein glänzend behaupteten Kriegsgewinnen in dieser Periode nicht reden; es ist aber zu beachten, daß ein großer Teil der Fabriken im ersten Kriegsjahre durch Betriebsbeeinträchtigungen und -einschränkungen in der vollen Entfaltung ihrer industriellen Kräfte behindert waren und daß die im Jahre 1916 eingeleiteten Preiserhöhungen bei vielen Betrieben überhaupt nicht, bei andern nur teilweise zur Geltung gekommen sind. Das beweisen die wesentlich günstigeren Abchlußre der Gesellschaften, die im zweiten Halbjahre 1916 beendet sind. So hat die Aktiengesellschaft für Maschinenpapierfabrikation in Alchassen-burg, die vor zwei Jahren einen Verlust von 6540740 Mark zu buchen hatte und deshalb ihr Aktienkapital von 12 auf 6 Mill. Mk. zusammenlegen mußte, zur nächsten Generalversammlung die Ausgabe von neuen Aktien be-trangt, um das Kapital wieder auf 12 Millionen zu erhöhen. Im Vorjahre hatte sie einen Verlust von 747022 Mk., jetzt schließt sie mit einem Reingewinne von 2624862 Mk. ab. Das ist jedenfalls ein kräftiger Beweis für das ein-träglichste Geschäft seit der Papierpreiserhöhung. Dann ist bei der Beurteilung der Geschäftsergebnisse die technische Rückständigkeit einzelner Betriebe maßgebend, die jede Konkurrenzfähigkeit hemmt. Solche Werke bleiben auch in der Kriegszeit trotz gesteigerter Verkaufspreise in ihrer Rentabilität zurück. Werke wie Limmendorf und Reiz-holz, die sich jede technische Erneuerung zunutze machten, haben immer die besten Abchlußre geholt. Sie werden beim nächsten Abchlußre ganz erkaunliche Gewinne er-zielen. Mit derselben Festigkeit, wie die Papierfabriken den Vorwurf des Papierwuchers von sich wiesen, stellen sie auch die Behauptung, durch Auszug ins Ausland die Papiernot künstlich herbeigeführt zu haben, in Abrede. Es ist nur allzu bekannt, wach beträchtliche Mengen nach Österreich-Ungarn, nach Holland und Skandinavien ge-liefert worden sind; jetzt wird im „Proletarier“ nach-gewiesen, daß von Januar bis September 1916 rund 7000 dz deutsche Papiermasse und Pappe in Italien (jedenfalls durch die Schweiz) eingeführt worden ist, und daß nach Rußland „gewisse deutsche Waren, darunter Papier- und Schreibgeräte, trotz verdoppelter Zölle, über Schweden und Finnland eingeführt werden“. Jedenfalls zeigt dieser Auszug abermals, daß die Papierfabriken auch in der Kriegszeit recht gute Geschäfte gemacht haben, die sich in bedeutend gesteigertem Maß erst bei den nächsten Abchlußre zeigen werden, und daß anfängliche schwerste Verluste in verhältnismäßig kurzer Zeit über-wunden worden sind, was von andern Industrien (z. B. vom Buchdruckgewerbe) außer der Rüstungsindustrie, ja nicht gesagt werden kann.